

Asyl: CSU will weniger Serben ins Land lassen

Bayerns Innenminister Herrmann will weniger Asylbewerber aus Ex-Jugoslawien und Albanien in Deutschland. Zunächst soll Antragstellern das Taschengeld gestrichen werden.

13. Februar 2014 09:27 Uhr [56 Kommentare](#)



Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) | © Julian Stratenschulte/dpa

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) fordert vom Bund, die Zahl der [Asylbewerber](#) aus dem ehemaligen Jugoslawien und Albanien zu begrenzen. Herrmann sprach von einem "massiven Asylmissbrauch", der eingedämmt werden müsse. "Ich kann nicht akzeptieren, dass diese Staaten die Liste der Herkunftsländer anführen, obwohl die Anerkennungsquote nahe Null liegt", sagte Herrmann.

Mit 18.001 Asylanträgen habe Serbien im vergangenen Jahr an erster Stelle der Herkunftsländer gelegen – 11.459 Erstanträge und 6.542 Folgeanträge, sagte Herrmann. Der CSU-Politiker argumentierte, dass der Zuzug aus Südosteuropa auch zu Lasten anderer Flüchtlinge gehe: "Durch die aussichtslosen Asylanträge verlängert sich auch die Bearbeitungsdauer für Menschen aus Ländern erheblich, in denen tatsächlich mit politischer Verfolgung zu rechnen ist."

Herrmann schlug vor, Asylbewerbern aus sicheren Herkunftsstaaten in den ersten drei Monaten nach der Einreise das Taschengeld zu streichen: Anträge würden vor allem wegen des Taschengeldes gestellt, das aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

aus dem Jahr 2012 erhöht worden sei. "Für Familien sind da schnell stattliche Summen beisammen, die die Verdienstmöglichkeiten in den Herkunftsländern deutlich übersteigen."

"Aufenthalt in Deutschland schneller beenden"

"Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, die asylzugangsstärksten Westbalkanstaaten im Asylverfahrensgesetz als sichere Herkunftsstaaten einzustufen", sagte Herrmann. "Damit können wir aussichtslose Asylanträge zügiger bearbeiten und den Aufenthalt in Deutschland schneller beenden."

Die CSU hatte bereits Anfang des Jahres Maßnahmen gegen den [angeblichen Missbrauch der Arbeitnehmerfreizügigkeit](#) gefordert. Den Satz von Bayerns Ministerpräsident [Horst Seehofer](#), "Wer betrügt, fliegt", hatten unter anderen Arbeitgeber und Gewerkschaften kritisiert. Seit 1. Januar ist – wie für andere EU-Bürger – der EU-Arbeitsmarkt auch für Bulgaren und Rumänen vollständig geöffnet.

- **Quelle** ZEIT ONLINE, dpa, mpi
- **Adresse:** <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-02/asyl-bayern-csu-herrmann/komplettansicht>